



Editha Westmann neben der Bundesintegrationsbeauftragten Annette Widmann-Mauz und dem Landtagsabgeordneten Christoph Eilers

### **Gibt es konkrete Lösungsvorschläge, wie der Bund nachbessern könnte?**

Der Bund der Vertriebenen hat als Dachverband aller deutscher Vertriebenenverbände und Landsmannschaften in einer einstimmig beschlossenen Resolution am 30. November 2018 konkrete Schritte vorgeschlagen. Das Wichtigste ist, die pauschale Kürzung von 40 Prozent zurückzunehmen. Dazu ist eine Anhebung der anzurechnenden Entgeltpunkte von heute 25 auf mindestens 30 erforderlich. Auch bedarf es Nachbesserungen in Fällen von Rentenbezug aus dem Ausland sowie bei der Erklärungsfrist von Kindererziehungszeiten. Hinter diesen Forderungen stehe ich voll und ganz.

### **Kann der Staat eine solche Mehrleistung für die Spätaussiedler aufbringen?**

Die Kinder der Aussiedler und Spätaussiedler zahlen inzwischen deutlich mehr in die deutsche Rentenkasse ein, als Ihre Eltern an Rentenzahlungen erhalten. Sie üben sehr häufig qualifizierte Berufe aus und tragen zur Stabilität unseres Sozialsystems bei. Auch wird die Zahl derjenigen, die noch eine Fremdrente beziehen sukzessive sinken.

Die Verbesserung der Fremdrente ist zudem kein Privileg für unsere Spätaussiedler. Wir stehen bis heute in einer durch das Bundesvertriebenengesetz begründeten Solidaritätsverpflichtung das Kriegsfolgeschicksal für unsere Landsleute zu tragen.



**Diese Menschen haben ein Leben lang hart gearbeitet. Daher haben sie Anspruch auf eine Rente, die ihrer Lebensleistung entspricht.**